



Klare Kante.

**Kommunalwahlprogramm 2008
der FDP Eckernförde**

www.fdp-eck.de

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort.....	3
II. Eckernförde: Lebenswerte, maritime und moderne Fischerstadt an der Ostsee...	4
III. Wirtschaft: Wachstum schafft Arbeit.....	6
IV. Soziale Verantwortung: Teilhabe am Leben für alle.....	7
V. Bildung: Unser Potenzial im 21. Jahrhundert.....	8
VI. Kultur: Das Tüpfelchen auf dem "i".....	11
VII. Energie: Versorgungssicherheit und Wettbewerb durch eigene Stadtwerke ...	12
VIII. Umwelt: Ökologische Verantwortung als Kennzeichen unserer Stadt.....	12
IX. Haushalt: Sparen und investieren zugleich.....	13
X. Wohnen und Leben in unserer Stadt.....	14
XI. Mehr Transparenz der Ratsarbeit.....	15
XII. Unser Team für Eckernförde.....	16

FDP-Ortsverband Eckernförde

*Richard-Vosgerau-Straße 20
24340 Eckernförde*

*Telefon: 04351 / 889911
eMail: info@fdp-eck.de*

I. Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie halten unser liberales Angebot für die nächsten fünf Jahre in Ihren Händen. Am 25. Mai 2008 geht es nicht nur um eine kommunalpolitische Entscheidung, nicht nur um die Zusammensetzung der Eckernförder Ratsversammlung, sondern vor allem darum, wie wir gemeinsam Zukunftschancen unserer Stadt erarbeiten und gestalten. Eckernförde hat Potenziale, die wir besser nutzen wollen.

Wir brauchen eine Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik aus einem Guss. Wir wollen ein stabiles Angebot an freiwilligen Leistungen. Wir wollen auch weiterhin gesunde Finanzen. Wir setzen auf Vorrang für Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger vor neuen Ausgabeposten und wir wollen eine größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit städtischer Entscheidungsprozesse.

Wir machen Ihnen ein Angebot – offen, ehrlich und mit Perspektiven. Wir werben um Ihr Vertrauen. Wir wollen, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger wissen, wofür die FDP in Eckernförde steht. Sie müssen vergleichen können. Als liberale Partei stehen wir zu unserer Verantwortung und wollen mit inhaltlicher Kompetenz, mit Verlässlichkeit und nicht zuletzt mit frischem Elan Eckernfördes Zukunft weiter mit gestalten.

Sie entscheiden mit Ihrer Stimme maßgeblich über Eckernfördes Zukunft als leistungsfähige, soziale und lebenswerte Stadt. Je stärker Sie uns Liberale bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 machen, um so mehr können wir von unserem Programm durchsetzen. Nutzen Sie Ihre Stimme!

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr Ortsverband der FDP-Eckernförde

II. Eckernförde: Lebenswerte, maritime und moderne Fischerstadt an der Ostsee

Der touristische Mittelpunkt der Eckernförder Bucht mit charakteristischer Innenstadt

Eckernförde schafft die Mischung aus moderner Hafenstadt, Seebad mit vielfältigen Traditionen in der Fischerei. In den letzten Jahren hat dabei die Umstrukturierung des Hafens von einer primär fischerei- und agrarwirtschaftlichen Nutzung hin zu einer fischereiwirtschaftlich-touristischen Entwicklung gut funktioniert.

Dieses gilt es künftig weiter zu entwickeln. Eckernförde ist als Zentrum der Eckernförder Bucht Ausgangspunkt für Ausflüge ins Umland und zugleich auch touristischer Mittelpunkt des Umlandes.

Mit der Fertigstellung des Ostsee-Info-Centers wird diese Bedeutung noch zunehmen.

Für uns sind der Hafen, der Strandbereich und die Innenstadt die wichtigsten Ansatzpunkte für die künftige touristische Entwicklung.

Die FDP fordert daher:

- ⇒ eine attraktive Gestaltung der Hafenspitze mit einem Mix aus Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie Veranstaltungsflächen
- ⇒ die Weiterentwicklung des Binnenhafens und der Verbindung mit dem Noor
- ⇒ die bauliche Aufwertung der Fläche an der Gaehtjestråße, Weiterführung der Hafenpromenade über den Steindamm zur Borbyer Uferpromenade
- ⇒ Entwicklung der Plätze an der Kieler Straße entsprechend den Vorgaben des *Leitfadens für die Attraktivitätssteigerung und Zukunftsorientierung der Eckernförder Innenstadt*
- ⇒ die Weiterentwicklung des Exerzierplatzes hin zu einer Nutzung im touristischen und Wellnessbereich durch Erweiterung des Stadthotels und die Nutzung von Synergien mit der Stadthalle und dem Meerwasserwellenbad
- ⇒ den Erhalt des Charmes einer fischereistädtisch geprägten Innenstadt als Herzstück des künftigen touristischen Images
- ⇒ die touristische Vernetzung Eckernfördes mit entstehenden Projekten an der Eckernförder Bucht in Damp, Olpenitz und Schönhagen
- ⇒ die Freigabe des gesamten Strandbereichs für Hunde in den Wintermonaten gerade auch als Angebot an Tagesgäste und Touristen in dieser umsatzschwachen Jahreszeit

Die Innenstadt Eckernfördes ist ein wesentlicher gesellschaftlicher, touristischer und wirtschaftlicher Konzentrationspunkt für Stadt und Umland. Ihre Aufwertung liegt deshalb im Interesse aller Bürger und Wirtschaftsbetriebe.

Ein besonderes Augenmerk legt die FDP dabei auf die Entwicklung der verschiedenen Plätze im Verlauf der Kieler Straße, welche behutsam und unter Einbindung der Anwohner entwickelt werden sollen. Wir begrüßen ausdrücklich die intensive Diskussion um die Planungen für Gänsemarkt und Kirchplatz. Als weitere wichtige Plätze sollen der Platz vor der *Alten Post* sowie in Verbindung der Platz vor der Stadthalle, vor der Willers-Jessen-Schule und vor der alten Bauschule (StOV) entwickelt werden. In diesem Zusammenhang bleibt die Schließung der Gerichtsstraße für den Durchgangsverkehr zu prüfen.

Für viele Gäste unserer Stadt wird der erste Eindruck am Bahnhof geprägt. Deshalb sind der Bahnhofsvorplatz aufzuwerten und die Anbindung des Bahnhofs an die Kieler Straße deutlich zu verbessern. Nach Abschluss des Ausbaus der B76 soll deshalb ergebnisoffen geprüft werden, ob es verkehrlich sinnvoll und für die wirtschaftliche Entwicklung der Innenstadt förderlich ist, auf Höhe des Bahnhofs baulich eine Straßenquerung wie an der Kreuzung der Langebrückstraße mit der Kieler Straße und der Frau-Clara-Straße zu schaffen. Alternativ ist an dieser Stelle eine Schließung der Reeperbahn für den Individualverkehr nach denselben Kriterien zu prüfen.

Besonders die Gestaltung der Innenstadt ist für die künftige Positionierung Eckernfördes im Bereich der Touristik von besonderer Bedeutung. Die Innenstadt hat durch ihren ursprünglichen Charme eine Ausstrahlung, wie sie in anderen touristischen Ortschaften Schleswig-Holsteins bereits verloren gegangen ist. In Eckernförde ist noch der ursprüngliche Fischerort mit kleinen Gassen und älteren Gebäuden erkennbar. Der FDP liegt daran, dass die verbliebenen Räumlichkeiten erhalten und möglichst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eine weitere Zerstörung historischen Kulturguts wäre ein schwerer Verlust für Eckernförde.

Diese Stärke ist zu erhalten. Es muss ein Ende mit der Argumentation sein, dass in der Innenstadt unbedingt etwas passieren müsse, weil sonst Eckernförde zur Schlafstadt verkomme. Anders herum macht die Betrachtung Sinn: Es sind die historisch gewachsenen Stärken der Stadt mehr zu betonen. Vor diesem Hintergrund muss auch der Ausbau des Kirchenvorplatzes an der Kirche *Sankt Nikolai* gründlich überdacht werden.

Die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden wird in Zukunft, auch im touristischen und regionalen Zusammenhang, immer weiter an Bedeutung zunehmen. Leider wurde aus Sicht der FDP im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform die Chance für eine noch intensivere Zusammenarbeit durch Verwaltungskooperationen mit dem Umland vertan. Die FDP begrüßt die vertiefte Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden durch die Aktiv Region Hügelland. Eine darüber hinaus

gehende Erweiterung dieser Region zusammen mit dem Amt Schwansen ist aus Sicht der FDP ausdrücklich sinnvoll.

III. Wirtschaft: Wachstum schafft Arbeit

Politik schafft keine Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Sie schafft aber Rahmenbedingungen für den ersten Arbeitsmarkt. Die unnötige Erhöhung der Gewerbesteuer vor zwei Jahren hat die Unternehmen in Eckernförde weiter belastet.

Ebenso belastet die städtische Kurabgabe immer noch die Beherbergungsbetriebe in unserer Stadt.

Die FDP Eckernförde wird sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt auch weiter für eine Senkung der Gewerbesteuer, aber auch für eine Abschaffung der Kurabgabe einsetzen.

Insgesamt hat die Stadt durch die Ansiedlung des Fachmarktcenters am Hörst mehr Kaufkraft aus dem Umland nach Eckernförde zurückgeholt. Es war seitens der Eckernförder FDP auch nicht strittig, dass die Ansiedlung eines Einzelhandelscenters für unsere Stadt eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Sortiment in Eckernförde war. Unserer Ansicht nach war der Ansiedlung eines Fachmarktcenters am Hörst jedoch eine Lösung im Zusammenhang mit dem Noor-durchstich (Noorcenter) vorzuziehen. Dies galt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein solcher Frequenzbringer aus Sicht der FDP die Umsätze im Bereich der Innenstadt zusätzlich hätte beleben können. Diese Chance wurde ver-tan.

Durch das Fachmarktzentrum am Hörst wurde die Innenstadt aus Sicht der Eckernförder FDP geschwächt. Ein weiteres Fachmarktzentrum in der Größe des Zentrums am Hörst wäre aus Sicht der FDP nun auch im innenstadtnahen Bereich nicht mehr sinnvoll, da es weitere Kaufkraft den Innenstadtgeschäften ent-zöge.

Die bauliche Weiterentwicklung der Innenstadtinfrastruktur, die touristische Aufwertung der Hafenspitze durch das OIC und der Erhalt und die bessere Vermarktung des Charmes der Eckernförder Innenstadt werden helfen, die Vielfalt des Angebots an Läden zu unterstützen.

Den geplanten vierspurigen Ausbau der B 76 betrachtet die FDP sehr differenziert. Auch ohne die für das Projekt Port Olpenitz vorhergesagte Zunahme der Verkehrsströme weisen die entsprechenden Prognosen einen Zuwachs der Verkehrsmenge nach, der von der B 76 im aktuellen Ausbau nicht mehr aufgenommen werden kann. Die Lage Eckernfördes zwischen Strand und Windebyer Noor begrenzt die Anzahl der Möglichkeiten, diesen zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

Wir tragen das von allen Ratsparteien beschlossene Verkehrskonzept für Eckernförde mit, welches vorsieht, Verkehr aus der Innenstadt heraus zu ziehen. Die FDP will weniger Verkehr auf der Reeperbahn. Voraussetzung für den Verzicht auf den vierspurigen Ausbau der B 76 wäre für uns eine Ortsumgehung. Die Möglichkeit hierfür sehen wir aufgrund der Planungs- und Genehmigungszeiträume für die nächsten 20 bis 30 Jahre nicht als realistisch an. Wir haben uns deshalb trotz aller – auch ökologischer – Bedenken für den Ausbau in der geplanten Form entschieden. Für die Zukunft sind darüber hinaus die Möglichkeiten einer Ortsumgehung zu prüfen.

Eckernförde stellt den Besuchern der Innenstadt eine große Anzahl an Parkplätzen zur Verfügung – kostenlose und kostenpflichtige. Dabei kann die Nutzung gerade des kostenlosen Parkraums durchaus optimiert werden. Sobald die Deutsche Bahn AG den Umbau der Gleisanlagen abgeschlossen und den Fußgängerübergang am Bahnhof geschaffen hat, ist es sinnvoll die Pendlerparkplätze am Bahnhof auf den Parkplatz am Grünen Weg zu verlagern und den stadtnäheren Parkplatz hinter der Pestalozzischule als kostenlosen Parkplatz für Innenstadtbesucher zu gestalten. Deshalb soll hier dann über Parkscheiben die Parkzeit auf mindestens vier Stunden begrenzt werden.

IV. Soziale Verantwortung: Teilhabe am Leben für alle

Ein gesundes Gemeinwesen sorgt dafür, dass keines seiner Mitglieder ausgegrenzt wird oder unverschuldet in Not gerät. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Möchte Eckernförde der demografischen Entwicklung gerecht werden und seinen älteren Bürgern sowie auch denen mit Behinderungen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, so sollte sie sich die Stadt als barrierefreie Stadt am Meer positionieren. Wie das Tourismus-Gutachten von *Projekt M* aufzeigt, wird Eckernförde auch in touristischer Hinsicht davon profitieren.

In den nächsten Jahren muss Eckernförde bauliche und gedankliche Barrieren abbauen. Die FDP fordert deshalb:

- ⇒ Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei der Umgestaltung öffentlicher Plätze und Gebäude.
- ⇒ Schaffung von barrierefreien Strandzugängen und Badegelegenheiten.
- ⇒ Überprüfung und Kategorisierung vorhandener barrierefreier Wohnungen, Ferienwohnungen und Hotelzimmer.

IV. Soziale Verantwortung: Teilhabe am Leben für alle

- ⇒ Sensibilisierung der Betreiber von Geschäften und Restaurants für das Thema Barrierefreiheit.
- ⇒ Umstellung der Internet-Seiten der Stadt und städtischer Betriebe auf eine barrierefreie Darstellung.
- ⇒ Schrittweiser weiterer Ausbau der niederflurgerechten Bushaltestellen im Stadtgebiet sowie deren Ausstattung mit taktilen Blindenleitlinien und Aufmerksamkeitsfeldern.
- ⇒ Schrittweise Ausstattung zusätzlicher Niederflurbusse mit Rampen oder die Anschaffung mobiler Rampen.
- ⇒ Sicherung einer Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung in unmittelbarer Nähe des Rathauses oder im Rathaus selbst.
- ⇒ Unterstützung des Beirates für Menschen mit Behinderungen bei der Erstellung der Rollitipps für Eckernförde sowie der Erstellung weiterer Informationsbroschüren.

Die FDP begrüßt ausdrücklich die Arbeit des Seniorenbeirats und des Beirats für Menschen mit Behinderungen, weil hier die Betroffenen selbst gehört werden und selbstbestimmt ihr eigenes Leben gestalten. Wir ziehen dieses bürgerliche Engagement einem städtischen Beauftragtenwesen vor, weil es zielführender ist.

In Eckernförde leben eine Vielzahl von Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund. Sie bereichern mit ihrer Kultur das Leben der Stadt. Allerdings darf nicht ignoriert werden, dass einem Teil dieser Mitbürger die Integration nicht im notwendigen Umfang gelingt.

Wir können von allen, die hier mit uns leben wollen, die Bereitschaft erwarten, unsere Sprache zu erlernen. Wir müssen allerdings auch die Möglichkeit dazu bieten. Deshalb regen wir an, gerade in den Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil ein Angebot für Deutschkurse für Eltern parallel zum Schulunterricht zu schaffen. Kindertagesstätten und Schulen müssen die nötigen Mittel erhalten, um über frühzeitige Sprachförderung Chancengleichheit für diejenigen herzustellen, die Deutsch nicht als Muttersprache erlernt haben.

Weiterhin ist in diesen Wohngebieten das Hilfs- und Betreuungsangebot im Wohnumfeld mindestens zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Dasselbe gilt für die aufsuchende Jugendarbeit durch Streetworker.

V. Bildung: Unser Potenzial im 21. Jahrhundert

Für uns Liberale gehören die Kinderkrippe und Kindertagesstätte bereits zum Bildungsangebot des Staates. Den wesentlichen Teil der hier vermittelten Bildungsinhalte können die Kinder auch in der eigenen Familie erfahren, sofern die familiäre Situation und das Wohnumfeld es ermöglichen. Deshalb setzt sich die FDP

dafür ein, dass der Besuch dieser Einrichtungen freiwillig und der Entscheidung der Eltern überlassen bleibt.

Die FDP Eckernförde hat im Mai 2007 ein umfangreiches Grundsatzpapier zur Kinderbetreuung in Eckernförde verabschiedet, welches Sie bei uns anfordern oder im Internet herunterladen können. Unsere wesentlichen Forderungen sind:

- ⇒ Die Stadt soll ihr bestehendes Angebot für Kinderbetreuung aufrecht erhalten. Neue Angebote sollen lediglich dann durch die Stadt betrieben werden, wenn diese bei nachgewiesenem Bedarf nicht durch freie Träger erbracht werden können.
- ⇒ Die Deckelung des Landeszuschusses für die Kinderbetreuung in Höhe von 60 Mio. Euro ist aufzuheben, damit ein Ausbau der Krippenplätze erleichtert wird. Sollte die Landesregierung auch hier ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, muss die Stadt prüfen, wie sie aus eigenen Mitteln ein angemessenes Angebot für Kinder unter 3 Jahren sicher stellen kann.
- ⇒ Die Finanzierung der Betreuungseinrichtungen in freier Trägerschaft ist denen städtischer Einrichtungen gleich zu stellen. Die Benachteiligung durch Anwendung der Defizitbezuschussung für freie Träger ist durch die Einführung von Betreuungsgutscheinen aufzuheben. Damit erhalten alle Eltern für die Betreuung ihrer Kinder einen Gutschein in der Höhe, den die Stadt für die Betreuung der Kinder in den eigenen Einrichtungen aufwendet – ganz gleich, in welcher Einrichtung das Kind angemeldet wird.
- ⇒ Für Schüler, deren Eltern aufgrund der beruflichen Situation die Betreuung außerhalb der Schulzeiten nicht leisten können, ist ein ausreichendes und bezahlbares Betreuungsangebot mit entsprechender Hausaufgabenbetreuung nötig. Hier ist zu prüfen, ob das aktuelle Angebot dem Bedarf entspricht und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen

Über diese Punkte hinaus wollen wir sicher stellen, dass die Initiative "*Kein Kind ohne Mahlzeit*" nicht weiterhin ins Leere läuft. Es darf in unserer Stadt nicht sein, dass Kinder in ihrer Entwicklung benachteiligt werden, weil sie aufgrund von Kinderarmut nicht hinreichend ernährt sind. Nachdem inzwischen nachgewiesen wurde, dass landesweit betroffene Kinder bereits vor dem Essen aus der Betreuung ausscheiden und damit auch nicht in den Genuss des Zuschusses für eine freie Mahlzeit gelangen können, wollen wir zunächst die Anzahl der Betroffenen und den daraus resultierenden Finanzbedarf für die Stadt ermitteln. Anschließend werden wir Vorschläge unterbreiten, welchen Anteil die Stadt zur Auflösung dieses Zustandes beitragen kann.

Im Bereich der Schulen sieht die FDP es als unerlässlich an, dass in Eckernförde eine örtlich zuständige Schule für Schüler mit Haupt- und Realschulempfehlung

bestehen bleibt. Dieses kann gemäß Schulgesetz nur eine Regionalschule, also die Fritz-Reuter-Schule in Borby sein. Aufgrund der Anmeldezahlen im letzten Jahr scheint nicht ausgeschlossen, dass sie bereits für das kommende Schuljahr nicht die geforderte Mindestmenge an Neuanmeldungen für eine Regionalschule hält. Wir haben immer kritisiert, dass die übrigen Parteien in den nichtöffentlichen Kungelrunden zur Schulentwicklung die Fritz-Reuter-Schule als letzte weiterführende Schule in Borby unzureichend dimensioniert haben. Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Schule dennoch erhalten bleibt. Denn wir möchten nicht, dass womöglich Schüler demnächst für den Besuch einer Regionalschule nach Owschlag fahren müssen, weil sie an einer örtlichen Gemeinschaftsschule keine Platz bekommen haben oder weil ihre Eltern eine nur vermeintliche Wahlfreiheit nutzen wollten.

In fast allen Schulformen wird künftig in noch stärkerem Maße als bisher binnendifferenziert oder klassenstufenübergreifend unterrichtet werden. Das heißt, dass die Spanne der Leistungsfähigkeiten und der Altersunterschiede innerhalb einer Klasse zunehmen wird. Es wäre blauäugig zu vermuten, dass dadurch nicht zusätzliche Probleme auftraten. Die Landesregierung hat allerdings bewusst keine weiteren Stellen für Sozialpädagogen zur Lösung dieser Probleme, beispielsweise durch so genannte *Inseln*, geschaffen, in welchen über- oder unterforderte sowie den Unterricht störende Schüler zwischenzeitlich betreut werden. Wir möchten gemeinsam mit den Schulen im Laufe der nächsten Jahre aufnehmen, welche Probleme dadurch entstehen und wie die Stadt Eckernförde helfen kann, womöglich wenigstens Teile davon zu kompensieren. Es ist nicht zu erwarten, dass die Landesregierung bereit ist, sich der Verantwortung für die Probleme zu stellen, die sie hier verursacht.

Ein weiteres Problem der Bildungspolitik der Landesregierung äußert sich in der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8). Hierbei müssen die Schüler den Lehrstoff, der bisher in den Klassenstufen 5 bis 10, also in sechs Jahren vermittelt wurde, in fünf Jahren in den Klassen 5 bis 9 erlernen. Deshalb wird die Anzahl der Wochenstunden für die Schüler bereits ab der 5. Klasse deutlich ansteigen. Vermutlich wird es deshalb notwendig sein, die Mensa des Schulzentrums für das Gymnasium zu erweitern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Gymnasium zumindest baulich in die Lage versetzt wird, den Anforderungen von G8 zu entsprechen.

Die FDP Eckernförde setzt sich dafür ein, dass das Land mittelfristig die Bildungspolitik kommunalisiert, also neben dem Betrieb der Schulgebäude auch den Lehrbetrieb an die Kommunen überträgt. Wir sind uns sicher, dass diese Maßnahme in Verbindung mit der Einführung von Bildungsgutscheinen und Schulen in freier Trägerschaft zum einen die Bildungspolitik von überflüssiger Ideologie befreit und über den Wettbewerb der staatlichen und freien Schulen bei Wahlfreiheit der Eltern die Qualität des Bildungsangebots deutlich erhöht. Den Bildungspolitikern auf

Landesebene gehört die Verantwortung entzogen. Sie können ihr nachweislich nicht gerecht werden.

Die Landesregierung von CDU und SPD hat nach der letzten Landtagswahl der Bauschule in Eckernförde den Todesstoß versetzt. Unserer Ansicht nach sprachen weder sachliche noch finanzielle Gründe für diesen falschen Schritt. Wir begrüßen und unterstützen zwar die Ansiedlung des *Baltic Sea Campus* auf dem ehemaligen Bauschulengelände, sehen diesen aber lediglich als ungenügende Teilkompensation für den Verlust der Bauschule an.

VI. Kultur: Das Tüpfelchen auf dem "i"

In jeder Gesellschaft ist die Kultur das Tüpfelchen auf dem "i" – die Lebensfreude, das, was nach Befriedigung der Grundbedürfnisse hinzukommt und unserem Dasein einen besonderen Sinn verleiht. Durch Kultur erfahren wir eine Bereicherung unseres Lebens und neue Denkanstöße, durch Kultur entwickelt sich eine Gesellschaft weiter. Qualitativ hochwertiges und vielfältiges Kulturleben ist in einer Stadt wie Eckernförde auf private Initiative und Unterstützung angewiesen.

Das reichhaltige Angebot geht wesentlich zurück auf die Eigeninitiative engagierter Menschen, die kulturelle Ziele und Aufgaben in Vereinen und Verbänden verfolgen und die zusammen mit privaten Geldgebern und der städtischen Kulturpolitik eine vielfältige Kulturszene geschaffen haben und aufrecht erhalten. Ziel der Kulturpolitik der FDP ist es, vorrangig stadt-eigene attraktive Kulturstätten zu erhalten, neue hinzu zu gewinnen und damit die kulturelle Vielfalt fortzuentwickeln und auszubauen. Dabei ist die kulturelle Jugendarbeit gezielt zu fördern.

Eckernförde liegt am südlichen Rand von Südschleswig, einer Region an der Schnittstelle zwischen Deutschland und Dänemark. Daraus entsteht ein Schmelztigel aus der Kultur der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheit der Bevölkerung, welcher diesem Landesteil seinen ganz besonderen Reiz verleiht und ihn bereichert. Die Eckernförder Liberalen fühlen sich deshalb der Förderung der dänischen Minderheit und ihrer Kultur in hohem Maße verpflichtet.

Die FDP wird in der nächsten Wahlperiode sicherstellen, dass genügend finanzielle Mittel der Stadt gewährleistet bleiben, um das hohe kulturelle Angebot in unserer Stadt aufrecht zu erhalten. Es muss auch künftig sichergestellt sein, dass ein attraktiver Mix aus Veranstaltungen in der Stadthalle und privaten Galerien sowie Großveranstaltungen, wie beispielsweise Konzertveranstaltungen am Süstrand oder das Filmfestival *Green Screen*, gewährleistet bleibt.

VII. Energie: Versorgungssicherheit und Wettbewerb durch eigene Stadtwerke

Die Stadtwerke Eckernförde gehen in ungewisse fünf Jahre. Durch eine gewissenhafte Geschäftsführung ist es den Stadtwerken in der Vergangenheit gelungen, sowohl bei der Preisgestaltung moderat zu bleiben, als auch einen festen Kundenstamm zu halten.

Wir gehen davon aus, dass Eckernförde weiterhin in der Lage sein wird, eigene Stadtwerke zu unterhalten. Um auch künftig den Kunden möglichst preisgünstig Energie anbieten zu können, steht die FDP Kooperationen mit anderen Stadtwerken offen gegenüber.

Darüber hinaus wird die Arbeit in den Aufsichtsräten für kommunale Ehrenamtler immer komplizierter. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass künftig der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke dahingehend modifiziert wird, dass auch Nicht-Ratsmitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke entsandt werden können, um mit größerem Fachwissen eine bessere Kontrolle dieses städtischen Betriebs zu gewährleisten.

VIII. Umwelt: Ökologische Verantwortung als Kennzeichen unserer Stadt

Durch das Projekt Carlshöhe wird die Möglichkeit der Förderung geothermischer Vorkommen unter unserer Stadt wiederbelebt. Wie auch in der Vergangenheit wird die FDP die Förderung dieser Energie weiter unterstützen.

Die FDP wird sich ebenfalls für Fortsetzung des begonnenen Ausbaus von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden einsetzen. Eckernförde als klimafreundliche Stadt und ehemalige Umwelthauptstadt sollte darüber hinaus prüfen, ob die öffentlichen Gebäude zu 100 % aus ökologischer Energie versorgt werden sollten. Die FDP wird dieses unterstützen.

Die FDP wird darauf drängen, dass bei künftigen Bauvorhaben der Stadt so geplant wird, dass durch entsprechende Maßnahmen Energieverluste möglichst weitreichend minimiert werden.

Das Radwege-Netz der Stadt ist im Sinne umweltfreundlichen Verkehrs zu optimieren. Dieses ist vor allem im Zusammenhang mit dem Rückbau der Reeperbahn nach dem Ausbau der B 76 zu berücksichtigen. Hierbei sind die Radwege deutlich aufzuwerten.

Darüber hinaus ist bei verkehrstechnischen Baumaßnahmen der Fahrradverkehr dem Kfz-Verkehr gegenüber gleichberechtigt zu berücksichtigen. Dieses gilt vor allem im Hinblick auf Ampelschaltungen mit Ausnahme der Durchgangsstraßen

B 76 und B 203. Weiterhin sollen die unübersichtlichen und gefährlichen zurückgesetzten Radüberwege im Laufe der nächsten Jahre auf gerade Wegführung umgestaltet werden, sofern an den entsprechenden Kreuzungen Straßenarbeiten durchgeführt werden. Die Straßenüberfahrten sind farblich zu markieren.

Die offenen Schienen auf dem Parkplatz am Bahnhof müssen verfüllt werden, um einen Gefahrenpunkt bei der Anfahrt der dortigen Fahrradgaragen zu entschärfen.

IX. Haushalt: Sparen und investieren zugleich

Eckernförde hat auch in den vergangenen fünf Jahren ausgezeichnet, dass es – insbesondere vor 2006 – in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten gelungen ist, eine solide Rücklage aufrecht zu erhalten.

Aber nicht nur die gesunkenen Einnahmen bei der Gewerbesteuer in den Jahren 2003 bis 2005 haben den Finanzen Eckernfördes zugesetzt, auch die doppelte Erhöhung der Kreisumlage um jeweils zwei Punkte kostet die Stadt jährlich über 400.000 Euro. Hinzu kommen Mindereinnahmen durch den Eingriff des Landes unter Führung der so genannten "Großen Koalition" in die kommunale Finanzausgleichsmasse.

Durch eine sparsame Haushaltsführung bei gleichzeitig hohen Investitionen für den Ausbau der Promenade am Hafen, den Bau des OIC sowie für den Brandschutz an Schulen und in der Stadthalle konnten die stabilen Finanzen aufrecht erhalten werden.

Eine sparsame Haushaltsführung ist aber nicht zu verwechseln mit einer Haushaltsaufstellung, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht. So war den städtischen Haushalten der letzten Jahre in der Regel gemein, dass sie im Ansatz deutlich zu hoch veranschlagt wurden. So wurden beispielsweise Ausgaben eingeplant, die dann tatsächlich nicht angefallen sind. Allein die Personalkosten im Verwaltungshaushalt wurden in den vergangenen Jahren um mehrere hunderttausend Euro zu hoch angesetzt.

Gleichzeitig entstanden viele Haushaltsreste, die nicht aufgelöst wurden und damit nicht mehr als freie Finanzmasse zur Verfügung standen. Bei der Aufstellung der Haushalte wurde auf diese Weise oftmals der Eindruck erweckt, die Stadt käme finanziell mit ihren Einnahmen aus Steuern, Abgaben, Gebühren und Rücklagen nicht aus, um die laufenden Ausgaben zu decken. Diese Vorgehensweise hat zwar geholfen, etwaige Begehrlichkeiten im Ausgabenbereich von vornherein einzuschränken, hat aber mit einer ehrlichen Haushaltsaufstellung und der gesetzlich gebotenen Haushaltsklarheit wenig zu tun. Darüber hinaus hat sie dazu geführt, dass ab 2007 die Grund- und Gewerbesteuern ohne sachliche Notwendigkeit erhöht wurden. Die FDP wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass

diese Erhöhungen zurück genommen werden, sofern sie nicht zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt unabwendbar nötig sind.

Die FDP wird sich auch künftig für eine Haushaltsaufstellung einsetzen, die den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht und die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben zutreffend wiedergibt. Es gehört für die FDP zur gebotenen Transparenz, die finanziellen Rahmenbedingungen besser offen zu legen. Anschließend ist dann eine Diskussion mit denen zu führen, die weitere Ausgaben fordern, in der man sich auf sachlicher Ebene darüber auseinandersetzt, ob diese gewollt sind. Die FDP lehnt es ab, diese notwendige Diskussion dadurch zu unterdrücken, dass der Eindruck erweckt wird, man könne sich weitere – womöglich sinnvolle – Ausgaben generell nicht leisten.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde wird zum Jahr 2009 seine Haushaltsführung auf die doppelte Buchführung Doppik umstellen. Wir wollen prüfen lassen, welche Vorteile sich für die Stadt Eckernförde durch eine Umstellung auf dieses moderne Verfahren ergeben und inwieweit sich die Gebote der Transparenz und Haushaltsklarheit damit besser erreichen lassen. Im Falle eines positiven Prüfergebnisses werden wir auf eine zügige Einführung der Doppik drängen.

X. Wohnen und Leben in unserer Stadt

Die FDP Eckernförde begrüßt die Teilnahme am *Stadtumbauprogramm West* und die aus dem Gutachten für den Stadtumbau gezogenen Konsequenzen in der Wohnraumversorgung. Es hat eine spürbare Aufwertung bestehender Wohngebiete beispielsweise in Wilhelmstal aber auch im Diestelkamp durch die Renovierung des Wohnungsbestandes gegeben.

Auch im Ortsteil Borby bestehen laut *Integriertem Stadtentwicklungskonzept* (ISEK) im Bereich Kurt-Pohle-Straße, Ostlandstraße, Saxtorfer Weg Norderstaße und Schleswiger Straße Mängel in der Gestaltung der Fassaden und der technischen Ausstattung. Darüber hinaus wurden in diesem Bereich Defizite in der Freizeitgestaltung für Kinder als auch bei Ruheräumen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bemängelt, beispielsweise durch ein Fehlen von Sitzbänken. Dieses werden wir in der nächsten Wahlperiode angehen.

Darüber hinaus wird sich Eckernförde im Wohnungsbestand weiter auf die demographische Entwicklung einstellen und Sorge dafür tragen müssen, dass künftig der Bestand an barrierefreien Wohngebäuden ausgebaut wird. Diesen Prozess gilt es in Zusammenarbeit mit den einzelnen Wohnungsunternehmen weiter zu führen.

Die Erschließung des Neubaugebietes Schiefkoppel soll voran getrieben werden, um attraktiven Wohnraum insbesondere für Familien vorzuhalten. Dabei wird die FDP Eckernförde auch nach der Kommunalwahl weiter an der verkehrlichen Er-

schließung des Neubaugebietes Schiefkoppel über die Landesstraße nach Windeby festhalten. Eine Erschließung über den Diestelkamp, Möhlenkamp oder das Domsland ist aus Sicht der FDP nicht vertretbar.

Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne Carlshöhe möchte ein privater Investor einen neuen Stadtteil entwickeln. Die bisherigen Entwürfe und Diskussionen lassen Hoffnung keimen, dass Eckernförde dieses Mal an einen seriösen Projektentwickler geraten ist, der diesen Stadtteil mit der Stadt und ihren Bürgern zum Wohle aller entwickeln möchte. Sollte sich die Entwicklung der Carlshöhe weiter in die sich derzeit abzeichnende Richtung bewegen, kann mit der Unterstützung der FDP fest gerechnet werden.

Bei der Entwicklung einzelner Wohngebiete muss es zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Bewahrung des baulichen Charakters der Umgebung und dem Bedürfnis nach Weiterentwicklung kommen. Die Stadt hat über Flächennutzungs- und Bebauungspläne sicher zu stellen, dass dieser Ausgleich statt findet und Veränderungen nur maßvoll stattfinden. Aus Sicht der FDP läuft die bauliche Entwicklung am Eichkamp nicht in die richtige Richtung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, ernsthaft und zeitnah zu prüfen, ob diese Entwicklung nicht durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes für dieses Gebiet wieder in vernünftige Bahnen gelenkt werden kann.

Die Erschließung neuer Wohngebiete führt zu Versiegelungen von Landschaften. Daher ist die Gestaltung der Wohngebiete mit entsprechenden Grünzonen und Ausgleichsflächen von großer Bedeutung. Die FDP wird sich daher dafür einsetzen, dass die ohne größeren Verwaltungsaufwand herzustellenden Grünordnungspläne als Bestandteil der F- und B-Planentwicklung auch künftig weiter erstellt werden. Damit entsprechen wir auch einem Wunsch der Verwaltung.

XI. Mehr Transparenz der Ratsarbeit

Die FDP-Eckernförde wird sich in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Sitzungen aller Ausschüsse der Stadt öffentlich sind. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die Einwohnerfragestunde nicht nur zu Beginn einer Ausschusssitzung, sondern zu jedem einzelnen Tagesordnungspunkt stattfinden kann. Die Nichtöffentlichkeit von Sitzung kann dann nur noch bei schützenswerten Interessen Einzelner – also beispielsweise für Geschäftsgeheimnisse oder bei der Preisgabe persönlicher Daten – auf Antrag nach Abstimmung im Ausschuss erfolgen.

Nach unserer Auffassung wird dies dazu führen, dass sich der Hauptausschuss nicht weiter mit Themen befassen wird, für die er zwar nicht zuständig ist, die aber dann nichtöffentlich behandelt werden können. Dieses ist beispielsweise in der Vergangenheit für die Umsetzung der Schulreform oder bei der Entwicklung

der Hafenspitze geschehen. Es geht in der Kommunalpolitik nicht darum, die Abstimmungsprozesse in den Gremien vor der Kritik der Bürgerinnen und Bürger zu schützen – sondern vielmehr darum, durch öffentliches Handeln das Vertrauen in die Entscheidungsprozesse der städtischen Gremien zu stärken.

Die FDP setzt sich zur Steigerung der Transparenz überdies dafür ein, dass alle Tagesordnungen, Anträge, Beschlüsse, Protokolle sowie Vorlagen der Verwaltung inklusive der Haushaltsentwürfe für alle öffentlichen Tagesordnungspunkte von Ratsversammlung und Ausschüssen, für welche nicht die Nichtöffentlichkeit beschlossen wurde, zeitnah und gebührenfrei für alle Bürger im Internet veröffentlicht werden.

Die Forderungen der FDP sind deshalb:

- ⇒ Öffentliche Belange gehören in öffentliche Sitzungen.
- ⇒ Ausführliche Information der Bürger über das Internet.
- ⇒ Für die Stadtentwicklung wesentliche Projekte sind ausführlich in Ausschuss- und Ratssitzungen zu beleuchten und zu diskutieren.

XII. Unser Team für Eckernförde

Folgende Kandidaten treten auf der Liste oder in den einzelnen Wahlkreisen für die Liberalen in Eckernförde an:

- ⇒ **Oliver Fink**
- ⇒ **Lars Seemann**
- ⇒ **Kathrin Jess**
- ⇒ **Wolfgang Bachor**
- ⇒ **Susanne Molt**
- ⇒ **Kai Karl Krüger**
- ⇒ **Bernd Hadewig**
- ⇒ **Thilo Rohlfs**
- ⇒ **Horst Strunk**
- ⇒ **Helmut Vosgerau**
- ⇒ **Lilo Strunk**
- ⇒ **Susanne Hadewig**
- ⇒ **Karl-Ludwig Loth**
- ⇒ **Hans-Peter Rohwedder**
- ⇒ **Dr. Jann Markus Witt**